

Upgrade für Arbeitswelt und Gesellschaft

Unter dem Motto „Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit“ hat der 21. Ordentliche Bundeskongress des DGB den Kurs für die kommenden vier Jahre gesetzt. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann erinnert Bundeskanzlerin Merkel an ihr Versprechen zur Tarifbindung.



Der alte und neue Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (v.l.n.r): Annelie Buntenbach, Elke Hannack, Reiner Hoffmann, Stefan Körzell

Die Gewerkschaften wollen den digitalen Kapitalismus zivilisieren und die Arbeitswelt durch mehr Tarifbindung und Mitbestimmung gerechter und fairer machen. Die soziale Sicherung in Deutschland und Europa soll ausgebaut werden. Das sind die zentralen Forderungen aus den Beschlüssen und Diskussionen des „Parlaments der Arbeit“.

Entschieden wandten sich die Delegierten in den Debatten auch gegen Populismus und rechte Parolen. Lösungen seien nicht deren Parolen, sondern eine gestärkte Demokratie und Investitionen in den handlungsfähigen Staat. Auch beim Thema Gleichstellung sendet der DGB-Kongress ein starkes Signal: Für alle Wahlämter im DGB gilt nun eine verbindliche Quote, die den Anteil von Männern und Frauen regelt.

Bei den Wahlen erreichte der bisherige und nun neue DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann 76,3 Prozent der Stimmen. Der DGB-Vorsitzende nannte das Ergebnis „solide“ - trotz des Stimmenverlustes im Vergleich zu 2014. Die Delegierten auf diesem Bundeskongress hätten bestätigt, wie lebendig und

vielfältig die Einheitsgewerkschaft seo. Mit der Kritik an seinem öffentlichen Eintreten für die Große Koalition könne er gut umgehen: „Diese Position zur Groko ist die Position aller acht Gewerkschaftsvorsitzenden“, erinnerte Hoffmann. Das Ergebnis sei „eine gute Grundlage“ für die kommenden vier Jahre. Hoffmann betonte zudem: „Ich bin als Chef eines Teams angetreten, das jetzt gemeinsam seine Arbeit fortsetzt.“ Seine Stellvertreterin Elke Hannack wurde mit 86,5 Prozent wiedergewählt. Annelie Buntenbach (81,2 Prozent) und Stefan Körzell (83,6 Prozent) wurden als Mitglieder im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand im Amt bestätigt. In seiner Grundsatzrede nach der Wahl hat der DGB-Vorsitzende umrissen, welche Schwerpunkte der DGB in den nächsten Jahren setzen will. Neben dem Einsatz für Gute Arbeit und mehr Tarifbindung stünden die Veränderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen durch die Digitalisierung im Fokus der nächsten Jahre, sagte Hoffmann. Für den DGB sei die Digitalisierung grundsätzlich nichts Schlechtes, betonte er.

Kurs gesetzt

78 Anträge haben die Delegierten des DGB-Kongresses debattiert und beschlossen.

SEITEN 2 - 4

Digital und emotional

Das 21. Parlament der Arbeit war international, digital und bunt. Impressionen vom Kongress.

SEITEN 5 - 6

Gemeinwohl des Digitalen

ver.di-Expertin Annette Mühlberg erklärt, warum eine Debatte über das Gemeinwohl im digitalen Zeitalter überfällig ist.

SEITE 7



E-MAIL-NEWSLETTER

Anmeldung unter:
www.dgb.de/einblicknewsletter

Mobiles Arbeiten etwa „eröffnet die Aussicht auf eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben.“ Jedoch nur, „wenn daraus nicht grenzenloses Arbeiten wird“. Die Veränderungen böten Chancen, wie neue Arbeitsplätze zu besseren Bedingungen, ebenso wie Risiken durch einen radikalen Arbeitsplatzabbau. „Was wir erleben, ist die Entstehung eines digitalen Kapitalismus, den wir zivilisieren werden“, betonte Hoffmann. Ähnlich sieht es Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der zur Eröffnung des Bundeskongresses konstatiert hatte, dass Technologie das Leben erleichtern könne: „Aber den Rahmen setzen wir.“

Mit Spannung wurde das Grußwort von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erwartet. Mehrfach hatte sie in der Legislaturperiode öffentlich die Arbeit der Tarifpartner gelobt und sich für eine stärkere Tarifbindung ausgesprochen. Eine Antwort, wie das konkret aussehen soll, blieb Merkel auf dem Kongress allerdings schuldig. Im Westen liegt die Tarifbindung bei den Beschäftigten nach neuesten Zahlen nur noch bei 49 Prozent, in Ostdeutschland sind es 34 Prozent. Der DGB-Vorsitzende Hoffmann erinnerte die Kanzlerin nach ihrer Rede deutlich an ihr Versprechen, die Tarifbindung zu stärken.

Für Freiheit und Fairness



Selten fand ein DGB-Kongress in politisch so unruhigen Zeiten statt. In den Debatten und Beschlüssen setzten die Delegierten darum ein klares Zeichen für Solidarität, Frieden, Gleichberechtigung und Gute Arbeit im digitalen Zeitalter.

SOZIALE SICHERHEIT IM DIGITALEN ZEITALTER

Durch digitale Technik sollen ganze Berufsbilder überflüssig werden, warnen einige Studien. Ob es so kommt, ist umstritten. Fakt ist aber, die Digitalisierung verändert unsere Welt. Damit Menschen ihre „berufliche Handlungskompetenz“ erhalten und ausbauen können, braucht es mehr Qualifizierung und mehr Arbeitszeitsouveränität für die Beschäftigten. Ganz wichtig ist es zudem, die Sozialversicherungssysteme weiterzuentwickeln. Diese Leitlinien hat der DGB mit dem Antrag B001 beschlossen.

„Die Digitalisierung stellt uns vor enorme Herausforderungen. Wir brauchen deshalb einen Sozialstaat 4.0, der wirksamer vor Lebensrisiken schützt und die Menschen dazu befähigt, im Wandel der Arbeitswelt mithalten zu können“, betonte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. In weiteren Anträgen wurden konkrete Maßnahmen beschlossen, wie die Digitalisierung zum Gewinn für alle werden soll. So will der DGB unter anderem einen Gestaltungsrahmen für mobiles digitales Arbeiten entwickeln (B010). Neben einem Recht auf Log-off (Nicht-Erreichbarkeit) sollen Betriebsräte mehr Rechte etwa bei der Arbeitszeit, der Weiterbildung oder dem Arbeitsschutz bekommen. DGB und Gewerkschaften wollen sich künftig zudem dafür einsetzen, dass Daten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen genutzt werden können, ohne den Datenschutz der Beschäftigten zu gefährden. Wenn Unternehmen künstliche Intelligenz einsetzen – um etwa Auswahlverfahren durchzuführen – sollen sie dafür sorgen, dass die Software niemanden diskriminiert und Betriebsräte vorab beteiligt werden.

DIALOG FÜR EINE PROGRESSIVE POLITIK

Nordkorea, Israel und Palästina, drohende Handelskonflikte – die Welt und Europa stehen vor großen Herausforderungen. In dieser weltpolitisch angespannten Situation haben die Delegierten des DGB-Bundeskongresses sich für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie stark gemacht. Eine soziale und fortschrittliche Modernisierungspolitik für Deutschland und Europa – mit dem Ziel einer gerechten und solidarischen Gemeinschaft – streben der DGB und die Gewerkschaften in den nächsten vier Jahren an. Einstimmig haben die Delegierten dies mit dem Leitanspruch A001 beschlossen.

Um die Leitlinien dieser progressiven Modernisierungspolitik festzulegen, wollen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in den nächsten Jahren einen Zukunftsdialog führen. „Wir wollen ins Gespräch kommen mit der Zivilgesellschaft und den Menschen, die wir begeistern wollen“, erklärte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann.

EIN HANDLUNGSFÄHIGER STAAT

Damit der Staat handlungsfähig bleibt, muss mehr investiert werden. Das fordert der DGB-Kongress mit dem Antrag C001. Es sei wichtig, die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte ein für alle Mal zu beenden, so DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Die Unternehmen müssten wieder zu einer Langfristorientierung finden. Für die Gewerkschaften gelte es, Organisationsgrad und Tarifbindung zu stärken. Der Staat soll über Steuern und Arbeitsmarktpolitik die Ungleichheit bekämpfen, damit jeder von der wirtschaftlichen Entwicklung profitiert. Nur mit einer aktiven Industrie-, Dienstleistungs- und Handwerkspolitik, einer starken Struktur- und mit einer besseren Bildungspolitik könne der wirtschaftliche Wandel erfolgreich bewältigt und die Wirtschaft zukunftsfähig gehalten werden.

DGB-FRAUEN: STARKES SIGNAL

Gleiche Repräsentanz, gleiche Bezahlung, gleiche Rechte und Schutz vor Gewalt – mit diesen Zielen gingen die Gewerkschaftsfrauen ins 21. Parlament der Arbeit – und sie haben sich Gehör verschafft. 17 Anträge stellte der Bundesfrauenausschuss. Gleich am ersten Kongresstag wurde der Satzungsantrag „Repräsentanz von Frauen in Wahlämtern des DGB“ angenommen. Die Satzung des DGB legt nun also fest, dass Frauen in allen hauptamtlichen Ämtern gemäß des Anteils weiblicher Gewerkschaftsmitglieder auf der jeweiligen Ebene vertreten sein müssen. (S001)

Die Delegierten beschlossen zudem nach engagierter Diskussion, das Ehegattensplitting über einen Zeitraum von zehn Jahren auslaufen zu lassen. Einstimmig wurde auch gefordert, das seit 1933 geltende „Werbeverbot“ (§219a StGB) zu Schwangerschaftsabbrüchen aufzuheben. Damit setzte das Parlament der Arbeit „ein eindeutiges Signal an die Politik“, wie die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack sagte. Mit dem Antrag zur „Feminisierung der Arbeitswelt“ beschlossen die Delegierten, die Gleichstellungspolitik zum „integralen Bestandteil der gewerkschaftlichen Arbeit“ auf allen Ebenen des DGB zu machen. (E001)



Bunte Luftschlangen im Saal – soeben wurde die Frauen-Quote für DGB-Wahlämter beschlossen.

TELEGRAMM

Der 8. Mai soll Feiertag werden. Der Tag, an dem Deutschland vom Nationalsozialismus befreit wurde und der Zweite Weltkrieg endete, soll bundesweiter, gesetzlicher Feiertag werden.

Das haben die Delegierten mit großer Mehrheit entschieden. Der Tag solle „ein Tag gegen Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung jeglicher Form“ werden, heißt es im Antrag A012. Seit 2002 ist der 8. Mai in Mecklenburg-Vorpommern und seit 2015 in Brandenburg offizieller Gedenktag. Der DGB tritt mit dem Beschluss auch neu-rechten Bestrebungen entgegen, diesen Tag umzudeuten.

Ein deutliches Zeichen für Frieden und Abrüstung sendeten die Delegierten mit der Annahme des Antrags „No2percent“, in dem sie ablehnten, die Rüstungs- und Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Stattdessen sollen die multilaterale Weltordnung

und die UNO gestärkt werden. Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe setzte sich in der Aussprache dafür ein, den Haushalt für Entwicklungshilfe aufzustocken und mehr Geld für Bildung in Deutschland und der Welt auszugeben, um Kriege zu verhindern.

DGB und Gewerkschaften unterstützen Klimaschutzziele auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene. Um den Klimawandel entgegenzutreten, sei eine schrittweise Abkehr von fossilen Energieträgern notwendig. Mit der Annahme eines detaillierten Antrags zeigt der DGB, wie dieser Strukturwandel gerecht gestaltet werden kann. Damit dies für alle gelingt, fordert der DGB unter anderem mehr Investitionen in nachhaltige Technologie und eine aktive Industriepolitik. Gewerkschaften hätten ein großes Interesse, komplexe Herausforderungen mit ganzheitlichen Lösungen zu beantworten, so DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Es könne nicht sein, dass „die Politik jede einzuspärende Tonne CO₂ genau beschreiben kann, aber die Frage nach Perspektiven für die Beschäftigten vollkommen unkonkret bleibt“. (C011)



PRÄSIDENT FORDERT DGB

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier fordert die Gewerkschaften als „starke Gestalter der Arbeit“ auf, sich der großen Aufgabe der Digitalisierung zu widmen. Dies sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, „aber die Gewerkschaften werden darin eine zentrale Rolle haben“. Fragen der digitalen Arbeitswelt seien entscheidend: Wie werden wir in Zukunft arbeiten? Welche Regeln gelten in der neuen Arbeitswelt? Wie verteidigen und erneuern wir hart erkämpfte Arbeitnehmerrechte? „Der DGB hat die Kraft dazu“, so Steinmeier.



KEINE ANGST VOR DATEN

Überraschend deutliche Worte fand Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zum Thema Gleichstellung: „Wir brauchen nicht nur Förderung von Frauen, sondern wir brauchen eine gleiche Arbeitsteilung und eine ähnliche Berufsaufteilung zwischen Männern und Frauen.“ Mehr Softwareingenieurinnen und mehr Erzieher seien gut für das Land. Zum Thema Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit – das in der letzten Legislaturperiode scheiterte – versprach sie: „Wir lösen das. Das ist unsere Pflicht. Zwei Anläufe reichen dann.“ Auch Daten und Digitalisierung waren ein zentrales Thema. Merkel betonte: „Haben Sie keine Angst vor Daten.“ Denn Künstliche Intelligenz ohne Daten ist so wie Kühe ohne Futter: Sie erreichen keinen Züchterfolg.“ Vielmehr müsse man die Hoheit über die Daten definieren.

DER DGB FORDERT

In einem Initiativantrag forderten die Delegierten von der Bundesregierung schnelle und effektive Maßnahmen für „nachhaltigen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit“. (I001)

Die Regierung wird aufgefordert, zügig für bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen in der Pflege zu sorgen und einen entsprechenden Tarifvertrag allgemein verbindlich zu erklären (I002).

Die Situation der Geflüchteten soll verbessert werden. Unter anderem soll die Residenzpflicht für Asylsuchende aufgehoben werden. Die geplanten „Anker-Zentren“ lehnt der DGB ab. (A010/A011)

Der Kongress fordert eine Mindestausbildungsvergütung. Diese müsse mindestens 80 Prozent der branchenüblichen tariflichen Ausbildungsvergütung betragen. (B024)

Beschäftigte sollen ein freies Gestaltungsrecht bei der Pflege erhalten. Dafür soll das Pflegezeit- und Pflegezeitgesetz novelliert werden. (B030)

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) soll erneuert werden, u.a. soll ein Verbandsklagerecht eingeführt werden. Zudem soll das Gesetz für Kirchen gelten. (B026)

Der DGB fordert, dass der Studierendenstatus für die Kranken- und Pflegeversicherung unabhängig vom Alter anerkannt wird. (B037)

Der DGB setzt sich für die Koalitionsfreiheit von BeamtInnen und mehr Mitbestimmung im öffentlichen Dienst ein. (C006/C007/C008)

Die Gewerkschaften wollen Privatisierungen im Bildungsbereich eindämmen. Stattdessen soll wesentlich mehr in Bildung investiert werden. (C009)

Finanzpolitische Entscheidungen des Bundes sollen künftig auf ihre jeweiligen Auswirkungen für Frauen und Männer geprüft werden. (C010)

Der DGB wird Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO). (E003)

Der DGB-Bundesvorstand ist aufgerufen, einen DGB-Bundesarbeitskreis LSBTIQQAAP+ (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Intersexuelle, Queer, Questioning, Asexuelle, Alliierte, Pansexuelle und Weitere) einzurichten. (E004)

www.dgb.de/-RtB

KLARE HALTUNG ZEIGEN

Rechtspopulisten und Nationalisten sitzen in den Parlamenten. Sie wollen die Gesellschaft spalten. Sehr deutlich bekennen sich die Delegierten des DGB-Bundeskongresses zum gewaltfreien und demokratischen Antifaschismus als Grundpfeiler gewerkschaftlicher Arbeit. Eine Zusammenarbeit mit der AfD schlossen sie aus (Anträge A006 und A007). Melanie Geigenberger vom DGB-Bundesjugendausschuss sagte: „Wir sind ganz klar gegen Nazis und wir sind laut gegen Faschismus“.

Der Antrag A006 beinhaltet ein klares Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft: „Aus der Uneinigkeit der Gewerkschaften vor der Machtergreifung Hitlers haben wir unsere Lehren gezogen.“ Zum gewerkschaftlichen Engagement gegen Rechts gehört die Zusammenarbeit mit anderen demokratischen und gewaltfreien Organisationen, die gegen Rechts aktiv sind. Darüber hinaus beschlossen die Delegierten, der AfD keine Räume oder gewerkschaftlich organisierte Podien zur Verfügung zu stellen. Vielmehr will der DGB „über die rechtspopulistischen und gewerkschaftsfeindlichen Ziele und Vorstellungen der AfD in unseren Organisationen und in der Gesellschaft“ aufklären, heißt es im Antrag A007.



Hubertus Heil (SPD) gab seinen Einstand als Arbeitsminister beim DGB-Bundeskongress. Die DGB-Jugend erinnert ihn mit einer Protest-Aktion, Kettenbefristungen endlich zu beenden. Besonders junge Menschen unter 35 Jahren arbeiten häufig in befristeten Jobs. Eine langfristige Lebensplanung ist damit unmöglich. Heil sagte zu, gegen Befristungen vorzugehen.

GEWALT GEGEN BESCHÄFTIGTE STOPPEN

Sie werden beschimpft, bespuckt und bedroht – einfach nur, weil sie ihren Job machen. Auf dem DGB-Bundeskongress in Berlin berichteten Beschäftigte aus verschiedenen Berufen, wie sie Gewalt im Alltag erleben. Die Brutalität steigt, die Hemmschwelle sinkt: Diese Erfahrung machen viele Berufsgruppen vor allem im öffentlichen Dienst. Dazu gehören unter anderem PolizistInnen, LehrerInnen, Beschäftigte im Ordnungsamt und im Jobcenter, Feuerwehrleute, ZugbegleiterInnen. Stellvertretend für alle sagte Rajko Wengel vom Ordnungsamt Kiel: „Es kann nicht sein, dass wir für unsere Tätigkeit für die Gesellschaft bestraft werden.“

In zwei Anträgen (A013 / A014) stimmten die Delegierten dafür, Beschäftigte stärker vor Beleidigungen und körperlichen Angriffen zu schützen. Gewalt, gleich in welcher Form, erteilen sie eine Absage. Der DGB soll prüfen, wie eine Kampagne den Respekt für Beschäftigte, die für Sicherheit und Ordnung sorgen, stärken kann. Die Politik wird aufgefordert, für gute Ausbildung und ausreichend Personal in diesen Bereichen zu sorgen.

EUROPA: SOLIDARISCH UND GERECHT

Europa steckt in der Krise – die kritische Situation in Italien, der Rechtsruck in Polen und Ungarn, oder der Konflikt im Nahen Osten. Die Liste der Herausforderungen ist lang. In dieser Situation haben sich die DGB-Delegierten – rund ein Jahr vor den Wahlen zum EU-Parlament – für Europa stark gemacht. Die Ziele, Europa zu stärken und die EU endlich demokratischer und sozialer zu gestalten, wurden in mehreren Anträgen (A001 / A008) formuliert und angenommen. Lohndumping und dem Abbau sozialer Standards erteilen die Delegierten eine klare Absage. Sie beschlossen die Priorität, ein soziales Europa zu verwirklichen, das die Beschäftigten durch starke Arbeitnehmerrechte schützt.

Ein Antrag sprach sich dafür aus, der Europamüdigkeit und dem Vertrauensverlust der EU entgegenwirken. Dazu haben die Delegierten eine Offensive auf europäischer Ebene beschlossen, um Gute Arbeit, Faire Mobilität und hohe soziale Sicherheit zu garantieren und die interregionale Gewerkschaftsarbeit zu stärken.

Digital, spannend, vielfältig

Der DGB-Kongress 2018 war bunt, international und emotional. Zudem war das „Parlament der Arbeit“ digitaler als in den Vorjahren. An vielen Stellen konnten die Delegierten auf digitale Hilfsmittel zurückgreifen. Hier einige Eindrücke.

DIGITALE ABSTIMMUNG

Kongress digital – erstmals wurden auf dem DGB-Bundeskongress digitale Abstimmungsgeräte eingesetzt. Feuerteufe waren die Wahlen zum Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand (GBV). Zudem wurden alle Anträge des Kongresses mit der Software OpenSlides verwaltet. Während der Debatte konnten die Delegierten so auf den großen Monitoren im Saal immer den aktuellen Antrag samt RednerInnenliste verfolgen. Änderungen konnten in Echtzeit übernommen werden.



Dem Ziel, einen papierlosen Kongress durchzuführen, ist der DGB damit ein großes Stück näher gekommen. Auf Wunsch konnten TeilnehmerInnen trotzdem auf gedruckte Unterlagen zurückgreifen. Zudem wurde der gesamte Kongress per Livestream im Netz übertragen. Alle Beiträge, Videos, Fotos, Beschlüsse und Protokolle gibt es unter: www.bundeskongress.dgb.de

EUROPA: DIE MOTOREN STARTEN

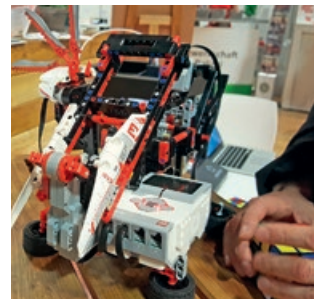
Die Regierungen von Deutschland und Frankreich müssen in die Gänge kommen, um Europa zu reformieren. Das machten die TeilnehmerInnen der internationalen Diskussionsrunde beim DGB-Bundeskongress deutlich. Denn: Ohne ein soziales Europa keine faire Globalisierung.

Laurent Berger, Vorsitzender der französischen CFDT, machte deutlich, dass die Transformation der Arbeit – in Europa und der Welt – nicht ohne Beschäftigte und Gewerkschaften gestaltet werden könne. „Die Herausforderungen müssen gemeinsam angegangen werden“, so Berger. Er betonte die Rolle des „deutsch-französischen Motors“ für den europäischen Fortschritt und

das europäische Friedensprojekt. „Das müssen wir den Regierungen noch mal sagen“, so der CFDT-Vorsitzende.

Auch der stellvertretende Vorsitzende des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), Peter Scherrer, richtete deutliche Appelle an die französische und deutsche Regierung. „Das Tandem muss in Schwung kommen, beide müssen richtig in die Ketten treten“, forderte Scherrer. Es reiche nicht aus, wie auf die aktuellen Herausforderungen reagiert werde. Er forderte auch den DGB auf, Druck auf die neue Bundesregierung auszuüben. „Das soziale Europa wird nicht in Brüssel gemacht – es wird in Brüssel und den Hauptstädten gemacht“, so Scherrer.

STAR-ROBOTER



Einer von mehreren Stars auf der Ausstellungsfläche während des Kongresses war der Lego-Roboter des DGB-Bildungswerks. In Windeseile kann die kleine Maschine die Farben eines Zauberwürfels erkennen und die Flächen jeweils einfarbig zusammensetzen. Während viele Menschen seit Jahrzehnten an dieser Aufgabe scheitern, braucht der Roboter gerade einmal 70 Sekunden. Damit hat er es am ersten Kongresstag sogar in die Tagesschau geschafft. Das DGB-Bildungswerk setzt den Bausatz auf Messen, Konferenzen und natürlich in Seminaren ein, um zu zeigen, welche unglaublichen Fähigkeiten digitale Maschinen haben. In verschiedenen Workshops und Seminaren geht das Bildungswerk digitalen Trends auf den Grund. Ein Video zeigt den Roboter in Aktion: www.dgb.de/-/Rsk



Das handwerkliche Geschick konnten die KongressteilnehmerInnen am Stand der IG BAU unter Beweis stellen. Zahlreiche Promis nahmen den Hammer in die Hand – unter anderem Familienministerin Franziska Giffey (SPD), der Vorsitzende der Partei Die Linke Bernd Riexinger, der Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung Kurt Beck, ver.di-Chef Frank Bsirske oder Jusos Kevin Kühnert. Der Nachwuchspolitiker konnte zudem am ver.di-Stand als neues Gewerkschaftsmitglied gewonnen werden.

SOLIDARITÄT MIT RADKURIEREN



Die RadfahrerInnen von Essens-Lieferdiensten wie Foodora, Lieferando oder Deliveroo prägen mittlerweile das Bild vieler Innenstädte. Die Rad-Kuriere liefern praktisch rund um die Uhr Essen aus. Allerdings profitieren die Beschäftigten nicht vom Boom der Plattformen. Sie fahren häufig für geringe Löhne, ohne soziale Absicherung und Mitbestimmung.

Vor einem Jahr ist es den FahrerInnen von Deliveroo in Köln gelungen, einen Betriebsrat zu gründen. Allerdings ist nun auch der letzte Betriebsrat seinen Job los – alle Verträge waren befristet und sind ausgelaufen. Mit einem Initiativantrag unterstützten die Delegierten ausdrücklich das Engagement für Gute Arbeit und forderten die Plattformbetreiber auf, die KollegInnen wieder einzustellen. Auch Arbeitsminister Hubertus Heil zeigte sich solidarisch. <http://www.dgb.de/-/RJ3>

ZWEI FRAGEN AN



VINCENT HÖNER

Wie gefällt Dir Dein erster DGB-Bundeskongress?

Es ist mega genial. Ich bin beeindruckt – von den Delegierten, von der Atmosphäre, aber auch von den Organisatoren und denen, die alles hinter den Kulissen möglich machen.

Welche Diskussionen fandest Du besonders wichtig?

Mir liegt insbesondere das Thema Gewalt gegen Beschäftigte am Herzen. Die Berichte von Betroffenen, gingen mir nah und die zwei Anträge, die Gewalt gegen Beschäftigte verurteilen, waren mir besonders wichtig.

Vincent Höner, 21, ist EVG-Bundesjugendleiter. Er war einer der jüngsten OBK-TeilnehmerInnen und Mitglied im Kongresspräsidium.



Stimmen zum Kongress

Es gibt nichts mehr zu reden, es gibt nur noch die Umsetzung.

Die SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles mit einer deutlichen Ansage an die CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer zum Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit.

„Nicht die Digitalisierung an sich ist das Problem, sondern das, was wir Menschen daraus machen.“

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske zur Digitalisierung.

Wir sind der Prellbock für politische Entscheidungen, die wir nicht selbst gemacht haben. Wir achten darauf, dass diese Gesetze eingehalten werden.

Meike Neumann, Polizistin in Köln und Delegierte der GdP, über die Rolle der Polizeibeamten in schwierigen politischen Zeiten.

Freunde kann man sich aussuchen, Kollegen nicht.

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) über seinen Kabinettskollegen Jens Spahn (CDU).

Die Gewerkschaften in diesem Land sind der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Wenn wir unsere Versprechen nicht einhalten können, bröckelt dieser Kitt.

Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, in der Debatte zum Leituantrag A001.

Das Ausblenden von Realitäten ist kein Wesenszug der Gewerkschaften.

Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis über gewerkschaftliches Rezeptionsverhalten.

Nehmt Geld in die Hand. Wohnen ist ein Menschenrecht.

Der IG BAU-Vorsitzende Robert Feiger fordert massive Investitionen in den Wohnungsbau.

Wir sprechen hier im großen Stil über Digitalisierung, aber auf dem Land können die Menschen noch nicht mal ein Fußballspiel im Internet schauen – das ist absurd.

Der Grünen-Chef Robert Harbeck unterstützt die Forderung des DGB nach mehr Investitionen in die digitale Infrastruktur.

Eine rote Null ist genauso schlecht wie eine schwarze Null.

Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner zu den Vorhaben des aktuellen Finanzministers und seines Vorgängers.

Liebe Delegierte, Oliver Malchow, Preuße.

Der GdP-Vorsitzende Oliver Malchow vor seinem Wortbeitrag, nachdem mehrere Vorredner ihre bayerische Herkunft thematisiert hatten.

Gemeinwohl in der digitalen Gesellschaft

In smarten Städten soll alles einfacher werden – so versprechen es Unternehmen und Politik. Doch die Debatte, wie die digitale Zukunft unserer Infrastrukturen und öffentlichen Dienste aussehen soll, läuft an den BürgerInnen und Beschäftigten vorbei. Höchste Zeit über das Gemeinwohl im digitalen Zeitalter zu sprechen, fordert ver.di-Expertin Annette Mühlberg.

Digitale Technologie kann private wie öffentliche Dienstleistungen unterstützen und besser machen. Doch die Debatte, wie der digitale Ausbau aussehen soll, wird vor allem von denjenigen geprägt, die finanziell von einer Digitalisierung der Infrastruktur profitieren. Plattformen, soziale Netzwerke, Suchmaschinen und Clouddienste privater Anbieter sind zum Fundament unserer digitalen Welt geworden. Die Datenkonzerne machen teils Milliardenprofite mit den Daten der NutzerInnen. In der Verantwortung für öffentliche Belange sehen sie sich in der Regel nicht. Der digitale Kapitalismus braucht deshalb dringend eine neue Ausrichtung.

Technik und Software, die von Millionen von Menschen weltweit genutzt wird, muss dem Gemeinwohl dienen. Dies gilt neben Plattformen und Netzwerken vor allem beim Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Viele Politikerinnen und Politiker feiern die digitalen Vorzüge von Smart Cities. Die Vision hinter diesem Trendthema: Von der Müllabfuhr bis zu den öffentlichen Nahverkehrsmitteln wird in der smarten Stadt alles vernetzt. Die öffentliche Hand soll Geld sparen und die BürgerInnen werden im Alltag entlastet. Die Unternehmen, die die entsprechenden Technologien bereitstellen wittern ihre Chance auf riesige Gewinne beim Ausbau der Städte und Gemeinden.

Microsoft-Gründer Bill Gates hat zum Beispiel angekündigt, gleich eine ganze Stadt, eine „Smart City“ in der Wüste von Arizona zu errichten. Dort sollen „digitale High-Speed-Netzwerke“ die Dinge des alltäglichen Lebens zentral steuern – Stadtreinigung, öffentlichen Nahverkehr, Verkehrsleitsysteme und Co. „Stadtluft macht frei“, heißt ein Sprichwort. Doch damit ist es vorbei wenn „Smart Cities“ nach den Interessen von Technologie-Konzernen geformt werden. Wir müs-

Der digitale Kapitalismus braucht dringend eine neue Ausrichtung.

sen uns vor Quasi-Privatisierungen in Acht nehmen. In Toronto (Kanada) ist gerade die Gestaltung eines ganzen Stadtviertels an die Google-Tochter „Sidewalk Labs“ übertragen worden. Angesichts der ungeheuren Finanzkraft, müssen wir uns vor der Möglichkeit eines Ausverkaufs schützen.

Aber auch andere Szenarien sind bedrohlich. Die chinesische Regierung hat für die gesamte Bevölkerung ein System von Social Scoring eingeführt. Dort

soll jede/r BürgerIn bis 2020 in einem elektronischen Verzeichnis erfasst sein, per Punktesystem wird ihr/sein Sozialverhalten eingestuft. Das sogenannte Social Credit System führt die Bewertung vieler Aspekte des alltäglichen Lebens zusammen. Punkte, die dann über das Zustandekommen oder Nichtzustandekommen von Mietverträgen entscheiden können, von Krediten, Krankenversicherungen und Arbeitsverhältnissen. Ein solches Leben nach Scoring Punkten ist das Ende der Freiheit.

Uns sollte das eine Warnung sein, denn auch ein deutsches „personalisiertes Bürgerkonto“, das jetzt in Arbeit ist, kann schnell vom „Konto“ zu einer „Bürger-

Technik und Software, die von Millionen von Menschen weltweit genutzt wird, muss dem Gemeinwohl dienen.

akte“ werden. Hier gilt es, wachsam zu bleiben und strukturelle Maßnahmen zu ergreifen.

Aus diesem Grund brauchen wir dringend eine Vision unseres Gemeinwesens, die nicht auf den Interessen der Anbieter technischer Produkte und Verfahren beruht. Die Bedürfnisse der Menschen, als BürgerInnen und ArbeitnehmerInnen müssen hier im Zentrum stehen. Wenn wir Ausverkauf und Überwachung etwas entgegensetzen wollen, bedeutet das, dass unser Öffentlicher Dienst mit entsprechendem qualifiziertem Personal ausgestattet sein muss.

Dazu gehört zudem, dass wir in Beruf und Gesellschaft dafür Sorge tragen, dass uns die Entscheidungshoheit nicht entgleitet und dass Prozesse mitbestimmbar und mitgestaltbar sind. Zum einen geht es also bei der Entscheidungshoheit um die Frage des Eigentums – wo der Erhalt öffentlicher Infrastrukturen und Einrichtungen, als auch alternative Ansätze wie Genossenschaften, von zunehmender Relevanz sein werden. Zum anderen wird in Zeiten von Big Data und Künstlicher Intelligenz die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von automatisierten Entscheidungsprozessen immer wichtiger. Sie ist die Voraussetzung für die Mitbestimmbarkeit und Mitgestaltbarkeit. Eine „Black-Box“ kann man weder demokratisch kontrollieren, noch auf sicherheitsrelevante Abläufe prüfen. Wer steuert wen? Und, wie können sich Geschäftsmodelle und (IT-) Infrastrukturen am Gemeinwohl orientieren? Betriebsräte, Personalräte und die Gewerkschaften stehen für eine konstruktive Debatte bereit.



ANNETTE MÜHLBERG,
ist Leiterin der
Projektgruppe Digitalisierung,
Bereich Politik und Planung:
Digitale Arbeit, Netzpolitik,
eGovernment bei der
ver.di-Bundesverwaltung

SMARTCITY IN DER PRAXIS

Die nordspanische Stadt Santander gilt als europäisches Paradebeispiel einer SmartCity, die am weitesten bei der Nutzung digitaler Technologien ist. Seit 2010 sind in der Stadt rund 20 000 Sensoren in Busse, Mülltonnen, im Rasen und in den Straßen eingesetzt worden. Über Antennenkästen werden die Datenströme ins Rechenzentrum gefunkt. Das Ziel: Der Müll soll nur noch abgeholt werden, wenn die Tonne voll ist, Verkehrsströme sollen gelenkt und Parks automatisch bewässert werden – so stand es schon in vielen Zeitungen.

„So super, wie die Berichte es vermuten ließen, läuft es nicht“, gibt sich DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell nach einem Besuch vor Ort überrascht. Die Müllentsorgung fährt trotz Sensoren nach wie vor die alten Routen, erfuhr er von KollegInnen der spanischen Gewerkschaft UGT. Der Straßenverkehr läuft weitgehend un gelenkt. Wenn man die Ampelschaltung koordinieren wolle, greife man wie gehabt zum Telefonhörer, sagen Kollegen der örtlichen Polizei. In vielen Bereichen sei eben „nichts smart“, lautet die Kritik. Das liegt auch daran, dass es an Beteiligung mangle. „Von Anfang an gab es keinen Bezug zur Basis und zur Belegschaft“, kritisiert UGT-Gewerkschafter Jesús Gallego.

Für DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell ist klar, „für solche Projekte muss es eine breite gesellschaftliche Debatte unter Beteiligung der Beschäftigten und Gewerkschaften geben – und zwar vorher.“

Den Bericht aus Santander gibt es hier: <http://www.dgb.de/-/M4a>



„Weil das Rathaus braun beleuchtet schlecht aussehen würde.“



Antwort von Michael Grunst (Die Linke), Bürgermeister des Berliner Bezirks Lichtenberg am 19. April, auf eine mündliche Anfrage der AfD, warum das Rathaus während der „Nacht der Politik“ rot angestrahlt worden sei.



Das steht an ...

12.6.

Am **Welttag gegen Kinderarbeit** erinnert die ILO seit 2002 an die Ausbeutung von Kindern. Aktuelle Zahlen von 2017 gehen weltweit von 151,6 Millionen Kindern zwischen 5 und 17 Jahren aus, die arbeiten müssen. 72,5 Millionen von ihnen verrichten gefährliche Tätigkeiten, die ihre Gesundheit, Sicherheit und Entwicklung bedrohen.

13.6.

„**Money, money, money**“ – hier geht es nicht um ABBA, sondern um das neue Online-Seminar („Webinar“) des DGB-Projekts „Dein Sprungbrett“, das sich in erster Linie an junge Frauen richtet. Dieses Mal geht es um Fragen rund ums Geld und finanzielle Unabhängigkeit.

www.was-verdient-die-frau.de/-/Myl

17.6.

Vor 65 Jahren kam es in Ost-Berlin und der DDR zum **Aufstand des 17. Juni**, der von der sowjetischen Armee und DDR-Sicherheitsorganen blutig niedergeschlagen wurde. Die Demonstrierenden forderten unter anderem freie und geheime Wahlen.

20.6.

Seit 2001 erinnert die UNO am **Welttag des Flüchtlings** an die Folgen von Krieg und Vertreibung und mahnt den Schutz von Geflüchteten an. In Deutschland wird seit 2015 parallel der Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung begangen.

23.6.

Am Internationalen **Tag des öffentlichen Dienstes** wird weltweit an die Frauen und Männer erinnert, die täglich Dienstleistungen für die und den Einzelne/n erbringen



Nahost-Konflikt

STOPPT DIE GEWALT

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ruft Israel und die Palästinenser auf, neue Friedens-Verhandlungen aufzunehmen – auf der Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung. Der EGB verurteilte in einer Erklärung die Gewalt, die im Mai an der israelischen Grenze zum Gaza-Streifen eskaliert war

und viele Todesopfer gefordert hat. „Die Gewalt muss aufhören“, erklärte der EGB-Vorsitzende Luca Visentini. Er rief die Europäische Union und die Vereinten Nationen dazu auf, „alles zu tun, was sie können“, um die Verhandlungen zu unterstützen und die Gewalt zu beenden.



In eigener Sache

Sie erhalten regelmäßig den *einblick* (Gewerkschaftlicher Info-Service), mit dem wir Sie über Neuheiten und wichtige Informationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes informieren. Ihre personenbezogenen Daten werden nur für die in unseren Datenschutzhinweisen (einzusehen unter <http://www.dgb.de/datenschutz>) aufgeführten Zwecke verwendet und nicht an unberechtigte Dritte weitergegeben. Gemäß Art. 28 DS-GVO leiten wir Ihre Daten an die Auftragsverarbeiter Graewis-Verlagsgesellschaft mbH und Print Network pn/ASTOV Vertriebsgesellschaft mbH weiter, die Ihre Daten zum Zwecke des Versands des Newsletters verarbeiten.

Aufgrund der neuen Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO), die seit 25. Mai 2018 verbindlich ist, möchten wir diesen Verteiler im Hinblick auf datenschutzrechtliche Anforderungen überprüfen und aktualisieren. Daher bitten wir Sie um Rückmeldung, falls Sie in Zukunft den Newsletter nicht mehr von uns erhalten möchten. Sie können uns diese Rückmeldung per Mail an einblick@dgb.de oder postalisch (s. Impressum) geben. Wenn wir keine Nachricht von Ihnen erhalten, gehen wir davon aus, dass Sie auch weiterhin Interesse an der Zusendung des *einblick* (Gewerkschaftlicher Info-Service) haben und damit einverstanden sind.

Wir bedanken uns herzlich für Ihr Interesse an unseren Informationen und freuen uns auf den weiteren Kontakt mit Ihnen!

und dadurch das Funktionieren von Staaten garantieren und das Zusammenleben in großen Gemeinschaften ermöglichen.

23.6.

IG Metall und ver.di feiern **10 Jahre Jahrbuch Gute Arbeit** in Frankfurt/

Main. Die zehn Bände des Jahrbuchs haben die gewerkschaftlichen Debatten über die Gegenwart und Zukunft der Arbeit gebündelt. Jörg Hofmann, 1. Vorsitzender der IG Metall, und Frank Bsirske, Vorsitzender der ver.di, sprechen über die Transformation der Arbeit. www.innovation-gute-arbeit.verdi.de



OFFENE DATEN FÜR ALLE

Von öffentlichen Daten können Menschen auf vielfältige Art und Weise profitieren. Auf hunderten Onlineportalen werden offene Daten frei zugänglich aufbereitet und visualisiert, etwa zu den Haushalten der rund 11 000 Kommunen. Gerade für die Gewerkschaftsarbeit können diese Datentools hilfreich sein.

Die Initiative Code for Germany (codefor.de) will bundesweit ProgrammiererInnen, NetzaktivistInnen und BürgerInnen vernetzen, um gemeinsame digitale Projekte zu starten.

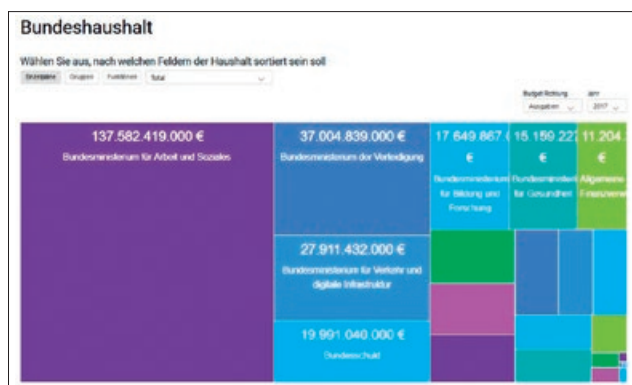


vernetzen, um gemeinsame digitale Projekte zu starten.

Gewerkschaften, NGOs, JournalistInnen und BürgerInnen – die gesamte Gesellschaft – sind auf öffentliche Zahlen angewiesen. Mit offenen Daten und Statistiken aus Verwaltung, Justiz und Politik kann die Zivilgesellschaft den Staat kontrollieren und seine Leistungen bewerten. Darüber hinaus fordern Studien die öffentliche Hand auf, alle Daten, die unbedenklich sind, freizugänglich ins Netz zu stellen. Das Ziel: AktivistInnen und Unternehmen können diesen Fundus nutzen, um gemeinnützige Projekte und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Die neue Bundesregierung will diesen Ansatz fördern.

Viele Behörden stellen seit jeher Daten, Zahlen und Fakten regelmäßig vor, etwa in Form von Kriminal-, Haushalts- oder Arbeitsmarktberichten. Den größten Fundus an Zahlen halten das Statistische Bundesamt sowie die Statistischen Landesämter bereit. Allerdings sind viele der Zahlenreihen für Laien schwierig zu finden oder auszuwerten. Verschiedene Projekte im Internet wollen helfen, diese Daten für alle nutzbar zu machen.

So sieht der Bundeshaushalt 2017 in der visualisierten Fassung auf offenerhaushalt.de aus.



Als besonders sperrig gelten die jährlichen Haushaltspläne von Bund, Ländern und Kommunen. Zum einen ist die Materie komplex, zum anderen können missliebige politische Vorhaben, wie Sparmaßnahmen und Co. relativ einfach hinter endlosen Zahlenreihen versteckt werden. Die AktivistInnen der Open Knowledge Foundation Deutschland wollen das ändern. Auf der Internetseite offenerhaushalt.de sollen nach und nach alle öffentlichen Haushalte von Bund,

Ländern und den rund 11 000 Kommunen aufgelistet werden und zwar in visualisierter Form. Das Projekt setzt dabei auf die Unterstützung der BürgerInnen. Jede/r der/die Interesse hat und schon immer mal den Haushalt der eigenen Kommune auswerten wollte, kann sich beteiligen. Einfach die Behörden vor Ort anfragen und die Daten online einstellen. Wie das funktioniert wird auf der Internetseite erklärt. So soll nach und nach eine umfassende Datenbank aller öffentlichen Haushalte online bereit stehen. Hiervon können auch GewerkschafterInnen auf kommunaler Ebene profitieren. Das Portal ist Teil einer globalen offenen Daten-Bewegung. Unter openspending.org stehen mittlerweile Haushaltsdaten aus rund 80 Ländern der Welt bereit.



Das Projekt openschufa will wissen, wie der Score-Wert der Schufa funktioniert.

Daten können auch genutzt werden, um Unternehmen und Organisationen zu durchleuchten. Das ist besonders dort wichtig, wo Geschäftspraktiken intransparent sind und das Schicksal vieler Menschen davon abhängt, wie etwa bei der Wirtschaftsauskunftei Schufa. Deren Scoring-Wert entscheidet, ob Menschen Kredite, Handy-Verträge oder eine Mietwohnung bekommen. Der Prozess, wie dieser Wert zustande kommt, ist unbekannt. Benachteiligt die Schufa Menschen? Verstärkt sie Ungerechtigkeiten? Das will das Projekt openschufa.de herausfinden, indem der interne Algorithmus offengelegt wird.

Zur Zeit sammeln die AktivistInnen Spenden – in Form von Geld und Fakten. Denn neben der Finanzierung ist openschufa auf die Daten der Menschen angewiesen. Alle sind aufgerufen bei der Schufa den persönlichen Score kostenlos abzufragen und diesen dem Projekte zur Verfügung zu stellen. Aus dieser Datensammlung wollen die ProgrammierInnen den Algorithmus berechnen, den die Schufa einsetzt. Anfang Mai hatten bereits mehr als 20 000 Menschen ihren Scoring-Wert angefragt. Per Crowdfunding sind rund 43 000 Euro zusammengekommen. Nun läuft die Analyse.

Unter dem Motto „Ernte teilen“ zeigt das Projekt, wo es regionale Produkte gibt.



Neben diesen ernsten Themen finden sich im Netz auch viele Datenprojekte, die den Alltag bereichern und einfacher machen wollen. Beispiele: Wo gibt es regionale Lebensmittel zu kaufen (ernte-teilen.org)? Welchen Pegelstand hat der Rhein in Köln (twitter.com/koelnpegelbot)? Oder: Welche E-Government-Services bietet meine Kommune an (behoerden-online-dienste.de)? Viele weitere Beispiele gibt es unter: okfn.de/projekte.

Elternzeit-Vertretung

KEIN VORRANG BEI TEILZEIT

Der Arbeitgeber kann nicht ohne Weiteres einen Teilzeitantrag in der Elternzeit ablehnen, weil er eine Vertretungskraft eingestellt hat.

Der Fall: Der Arbeitgeber hatte bereits vor dem Mutterschutz der Arbeitnehmerin eine Ersatzkraft für die geplante Elternzeit eingestellt. Als die Arbeitnehmerin nach der Geburt des Kindes Elternzeit beantragte, kündigte sie zugleich an, im zweiten Jahr der Elternzeit in Teilzeit mit 25 Stunden pro Woche arbeiten zu wollen. Als sie mit diesem Wunsch erneut auf den Arbeitgeber zukam, lehnte dieser die Teilzeitarbeit unter Verweis auf die eingestellte Vertretungskraft ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Einen Teilzeitantrag in der Elternzeit kann der Arbeitgeber grundsätzlich nur aus dringenden betrieblichen Gründen ablehnen. Zu diesen Gründen gehört grundsätzlich auch die Einstellung einer Ersatzkraft für die Dauer der Elternzeit. Ein Arbeitgeber, der Kenntnis von einem Teilzeitwunsch des Arbeitnehmers hat, muss aber die Befristung der Ersatzkraft entsprechend anpassen. Da der Arbeitnehmer nicht verpflichtet ist, bereits vor der Geburt verbindliche Erklärungen zur Elternzeit abzugeben, ist der Arbeitgeber gehalten, diese Erklärungen abzuwarten, bevor er sich an eine Ersatzkraft bindet. Tut er dies nicht, kann er den Teilzeitwunsch nicht einfach ablehnen.

Arbeitsgericht Köln,
Urteil vom 15. März 2018 – 11 Ca 7300/17

Reha

KNEIPENBESUCH: KEIN SCHUTZ

Ein abendlicher Gaststättenbesuch einer Gruppe von Rehabilitanden außerhalb der Reha-Einrichtung ist dem privaten Bereich zuzuordnen, da nicht die Förderung des Kurerfolgs, sondern private Geselligkeit und das Genusserleben im Vordergrund steht. Ein dabei erlittener Unfall fällt nicht in den Schutzbereich der gesetzlichen Unfallversicherung.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 23. März 2018 – L 8 U 3286/17

Hartz IV

KEINE MEHRFACHE SPERRZEIT

Werden einem Arbeitslosen innerhalb weniger Tage drei Arbeitsangebote unterbreitet und bewirbt er sich nicht, rechtfertigt dies nur eine Sperrzeit bei Arbeitsablehnung. Es handelt sich um ein einziges versicherungswidriges Verhalten.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 3. Mai 2018 – B 11 AL 2/17 R

Kündigung

FEHLER IN RELATION SEHEN

Eine verhaltensbedingte Kündigung kann gerechtfertigt sein, wenn der Arbeitnehmer nach Abmahnung seine arbeitsvertraglichen Pflichten nicht mit der geschuldeten Qualität oder Quantität erfüllt.

Der Fall: Dem Arbeitnehmer, einem Kfz-Mechaniker, war wegen schlechter Arbeitsleistungen verhaltensbedingt gekündigt worden. Der Arbeitgeber warf dem Arbeitnehmer vor, bei einem Werkstatttest nur vier von sechs Fehlern erkannt sowie bei einem Auftrag anstehende Servicearbeiten nicht durchgeführt zu haben. Dies schade dem Ruf des Autohauses. Nach drei vorausgegangenen Abmahnungen könne man keinen Besserungswillen feststellen. Die Kündigungsschutzklage hatte Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Der Arbeitgeber muss das Gericht in die Lage versetzen, feststellen zu können, dass bei dem Arbeitnehmer eine die Durchschnittsleistung erheblich unterschreitende Leistung vorliege. Auch muss er darlegen, dass und warum darin eine vorwerfbare Pflichtverletzung liege. Der Arbeitgeber hat weder die Leistungen des Arbeitnehmers über einen repräsentativen Zeitraum noch die Fehlerquote vergleichbarer Arbeitnehmer dargelegt. So konnte das Gericht nicht erkennen, ob der Mechaniker seine vertraglichen Verpflichtungen vorwerfbar verletzt hat.

Arbeitsgericht Siegburg,
Urteil vom 25. August 2017 – 3 Ca 1305/17

Krankenversicherung

KEINE DOLMETSCHERKOSTEN

Kosten für Dolmetscher sind von der gesetzlichen Krankenversicherung nicht zu übernehmen. Es kommt nicht darauf an, ob die Tätigkeit des Dolmetschers im weitesten Sinne der ärztlichen Behandlung dient oder hierfür notwendig ist.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 23. Januar 2018 – L 4 KR 147/14

Berliner Polizei

TATTOOS NICHT IMMER ERLAUBT

Bei der Berliner Polizei werden sichtbare Tattoos auch im Dienst teilweise für zulässig erachtet. Sie müssen aber den Anforderungen an das Auftreten und die Neutralität der Dienstkräfte in der Öffentlichkeit genügen. Eine Tätowierung am Unterarm, die eine Göttin mit entblößten Brüsten zeigt, kann als sexistisch wahrgenommen werden. Sie begründet die Ablehnung eines Bewerbers.

Arbeitsgericht Berlin,
Beschluss vom 3. April 2018 – 58 Ga 4429/18